WB-FU-01-030-4*

Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	BAG Migration und Flucht
Beschlussdatum:	29.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 30 bis 34:

~~Das Asylrecht der Bundesrepublik ist eines der liberalsten der Welt - auch als Lehre aus der deutschen Geschichte. Das Grundrecht auf Asyl werden wir entschlossen verteidigen. Das Mittelmeer darf nicht weiter zum Massengrab werden. Wir lassen nicht zu, dass sich Europa seiner Pro~~Das individuelle Grundrecht auf Asyl ist die Errungenschaft aus den Lehren grausamer Krieg in Europa. Der eingeschränkte Zugang zu einem fairen Asylrechtsverfahren ist für uns nicht verhandelbar. Deshalb werden wir uns für eine VEraffunsgänderung einsetzen und die sogenannten Herkunfts- und Drittstattenregelung abschaffen. Die Asylrechtsverschärfungen der letzen Jahre werden wir daher umgehend rückgängig machen. . Schutzsuchende werden nach ihrer Bleibeperspektive unterschieden und damit der Zugang zur Integration verhindert oder verzögert. Damit werden die Fehler der 90er Jahre wiederholt. Unfaire Asylschnellverfahren führen zu Rekordzahlen bei den Verwaltungsgerichten, Flüchtlinge werden mit Wohnsitzauflagen und anderen Schikanen an der Integration gehindert, sogar kranke Menschen können abgeschoben werden können. Kindern wird das Recht auf Schulbildung genommen, da die Verteilung von den Erstaufnahmeeinrichtungen in die Kommunen versagt wird. Wir wollen ein integriertes Aufnahmemanagement, bei dem Schutzsuchende unabhängig vom Status und Herkunft Zugang zu Integrationsmaßnahmen bekommen. Wir wollen den Verbleib in Erstaufnahmeeinrichtungen gesetzlich wieder auf bis zu 3 Monate für alle verkürzen. Dagegen muss sichergestellt werden, dass Asylverfahren nach maximal drei Monaten abgeschlossen sind. . Schutzsuchende werden nach ihrer Bleibeperspektive unterschieden und damit der Zugang zur Integration verhindert oder verzögert. Damit werden die Fehler der 90er Jahre wiederholt. Unfaire Asylschnellverfahren führen zu Rekordzahlen bei den Verwaltungsgerichten, Flüchtlinge werden mit Wohnsitzauflagen und anderen Schikanen an der Integration gehindert, sogar kranke Menschen können abgeschoben werden können. Kindern wird das Recht auf Schulbildung genommen, da die Verteilung von den Erstaufnahmeeinrichtungen in die Kommunen versagt wird. Wir wollen ein integriertes Aufnahmemanagement, bei dem Schutzsuchende unabhängig vom Status und Herkunft Zugang zu Integrationsmaßnahmen bekommen. Wir wollen den Verbleib in Erstaufnahmeeinrichtungen gesetzlich wieder auf bis zu 3 Monate für alle verkürzen. Dagegen muss sichergestellt werden, dass Asylverfahren nach maximal drei Monaten abgeschlossen sind. . Schutzsuchende werden nach ihrer Bleibeperspektive unterschieden und damit der Zugang zur Integration verhindert oder verzögert. Damit werden die Fehler der 90er Jahre wiederholt. Unfaire Asylschnellverfahren führen zu Rekordzahlen bei den Verwaltungsgerichten, Flüchtlinge werden mit Wohnsitzauflagen und anderen Schikanen an der Integration gehindert, sogar kranke Menschen können abgeschoben werden können. Kindern wird das Recht auf Schulbildung genommen, da die Verteilung von den Erstaufnahmeeinrichtungen in die Kommunen versagt wird. Wir wollen ein integriertes Aufnahmemanagement, bei dem Schutzsuchende unabhängig vom Status und

Herkunft Zugang zu Integrationsmaßnahmen bekommen. Wir wollen den Verbleib in Erstaufnahmeeinrichtungen gesetzlich wieder auf bis zu 3 Monate für alle verkürzen. Dagegen muss sichergestellt werden, dass Asylverfahren nach maximal drei Monaten abgeschlossen sind. . Schutzsuchende werden nach ihrer Bleibeperspektive unterschieden und damit der Zugang zur Integration verhindert oder verzögert. Damit werden die Fehler der 90er Jahre wiederholt. Unfaire Asylschnellverfahren führen zu Rekordzahlen bei den Verwaltungsgerichten, Flüchtlinge werden mit Wohnsitzauflagen und anderen Schikanen an der Integration gehindert, sogar kranke Menschen können abgeschoben werden können. Kindern wird das Recht auf Schulbildung genommen, da die Verteilung von den Erstaufnahmeeinrichtungen in die Kommunen versagt wird. Wir wollen ein integriertes Aufnahmemanagement, bei dem Schutzsuchende unabhängig vom Status und Herkunft Zugang zu Integrationsmaßnahmen bekommen. Wir wollen den Verbleib in Erstaufnahmeeinrichtungen gesetzlich wieder auf bis zu 3 Monate für alle verkürzen. Dagegen muss sichergestellt werden, dass Asylverfahren nach maximal drei Monaten abgeschlossen sind. .
Das Mittelmeer darf nicht weiter zum Massengrab werden. Wir lassen nicht zu, dass sich Europa seiner Prorobleme entledigt, indem es Flüchtlinge in den Lagern Nordafrikas verelenden lässt. Denn für uns ist eines klar: Flüchtlinge sind keine Ströme, Lawinen oder Wellen, es sind

Begründung

mündlich